



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Benjamin Adjei, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Markus Büchler, Kerstin Celina, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Christina Haubrich, Elmar Hayn, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Andreas Krahl, Susanne Kurz, Claudia Köhler, Eva Lettenbauer, Hep Monatzeder, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Anna Schwamberger, Ursula Sowa, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Gabriele Triebel, Hans Urban, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),**

Martin Hagen, Julika Sandt, Dr. Dominik Spitzer, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach, Albert Duin, Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Helmut Kaltenhauser, Sebastian Körber, Helmut Markwort, Franz Josef Pschierer, Christoph Skutella und Fraktion (FDP),

Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Annette Karl, Martina Fehlner, Natascha Kohnen, Volkmar Halbleib, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Stefan Schuster und Fraktion (SPD)

Drs. 18/26891, 18/28028

Bekämpfung von weiblicher Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation/Cutting; FGM/C) in Bayern: Medizinische Versorgung für Betroffene verbessern

Der Landtag verurteilt weibliche Genitalverstümmelung und begrüßt die ersten Schritte beim Aufbau eines bayernweiten Beratungsnetzwerks für von weiblicher Genitalverstümmelung betroffene Mädchen und Frauen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass auch die medizinische Versorgung für von weiblicher Genitalverstümmelung betroffene Mädchen und Frauen verbessert wird. Ziel ist insbesondere die Sensibilisierung sowie Aus- und Weiterbildung von medizinischem Personal zum Thema FGM/C und die Schaffung von mehr Anlaufstellen für betroffene Frauen und Mädchen.

1. Die Staatsregierung soll im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel den Aufbau von Sprechstunden für von FGM/C betroffene Mädchen und Frauen nach dem Vorbild der FGM/C-Sprechstunde am Klinikum rechts der Isar in München in allen bayerischen Regierungsbezirken unterstützen. Dies soll unter Einbeziehung von etablierten Expertinnen und Experten und Klinika/Universitätsklinika geschehen.

2. Der Landtag regt an, einen Arbeitskreis einzurichten, der Empfehlungen für Mindeststandards für die Lehre zum Thema FGM/C für das Medizin- und Hebammenstudium sowie für die Pflegeausbildung und für die ärztliche Weiterbildung in betroffenen Bereichen (mindestens Frauenheilkunde, Pädiatrie, Urologie, (plastische) Chirurgie) erarbeitet und sich um deren nachfolgende Implementierung kümmert. Hierbei sind etablierte Expertinnen und Experten und Fachverbände, Hochschulen, die Landesärztekammer usw. einzubeziehen.
3. Die Staatsregierung wird aufgefordert, über die Prävalenz von FGM/C in Bayern zu berichten und darüber zu informieren, wo betroffene Frauen eine medizinisch somatische, aber auch psychotherapeutische und juristische Versorgung erhalten.
4. Die Kassenärztliche Vereinigung Bayern (KVB) wird gebeten, über die Terminservicestelle unter der Rufnummer 116 117 Betroffene an in diesem Bereich erfahrene und spezialisierte Expertinnen und Experten zu vermitteln.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident